

Titel: Atomwaffen-Verbots-Vertrag unterschreiben und ratifizieren

Adressaten: Bundesregierung der BRD

Antragsstellende: Friedensinitiative in ULF Bremen und Ev.Andreasgemeinde Bremen

Veranstaltung: Mit Waffen Frieden schaffen? Deutsche Zerrissenheit. Freitag,2.Mai,

Messehalle 4

oder: Samstag 3.Mai, Frieden kommt nicht von allein, Messehalle 2

Text: Die Bundesregierung Deutschlands möge dem UN-Atomwaffen-Verbots-Vertrag durch ihre Unterschrift beitreten und ihn dem Bundesrat zur Ratifizierung zuleiten.

Gleichzeitig fordern wir die Regierung auf, die Stationierung neuer amerikanischen weitreichenden Waffensysteme in Deutschland nicht zu gestatten.

Im Juli 2017 haben 122 Staaten für die Verabschiedung des Vertrages gestimmt. Am 22.Januar 2021 ist der Vertrag völkerrechtlich verbindlich in Kraft getreten. Seitdem sind Atomwaffen, ihr Besitz, ihre Herstellung und Verbreitung, die Androhung ihres Einsatzes und ihr Einsatz international verboten und völkerrechtlich geächtet. Diese Massenvernichtungswaffen können alle Lebensbedingungen auf der Erde vernichten. Die in Hiroshima und Nagasaki gezündeten A-Bomben sollten wegen ihrer verheerenden Auswirkungen über Generationen Mahnung und Verpflichtung sein, niemals wieder auch nur mit dem Einsatz von Atomwaffen zu drohen.

Die in Deutschland stationierten amerikanischen Atomwaffen sollen der Abschreckung dienen. Auch wenn dies einen Einsatz auf der Gegenseite verhindern soll, führt es doch nur zu weiterem Wettrüsten anstatt zu Deeskalation, Abrüstung und Verhandlungen. Nach den verheerenden Weltkriegen, den Verbrechen der Nazi-Herrschaft und auch der Wehrmacht ist es ein Gebot der Vernunft und der geschichtlichen Verantwortung, keinerlei Bedrohung von deutschem Boden mehr zuzulassen.

Nie wieder ist jetzt!

Daher fordern wir, dass die Bundesregierung dem Atomwaffen-Verbots-Vertrag beitrifft und die Stationierung neuer amerikanischen Waffen in Deutschland nicht genehmigt.